

Nachrichten aus der Politik

14/09

■ INHALT

- **Bundestagswahl**
- **Landtagswahlen**

Impressum

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesverwaltung, Ressort 1
Verbindungsbüro
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt:

Markus Fuß, Leiter
Tel.: 030/6956-1008
markus.fuss@verdi.de

Interne Publikation

Vorläufiges amtliches Endergebnis Bundestagswahl: Regierung aus CDU/CSU und FDP

Stimmen:

CDU/CSU 33,8% (-1,4)

SPD 23,0% (-11,2)

FDP 14,6% (+4,8)

Linke 11,9% (+3,2)

Grüne 10,7% (+2,6)

Piraten 2,0% (-)

NPD 1,5% (-0,1)

Sitze (622):

Union 239, FDP 93 – zusammen 332

SPD 146, Linke 76, Grüne 68 – zusammen 290

Wahlbeteiligung: 70,8% (2005: 77,7%)

Landtagswahl Schleswig-Holstein: Regierung aus CDU und FDP (Überhangmandate)

Stimmen:

CDU: 31,5 % (-8,7)

SPD: 25,4 % (-13,3)

FDP: 14,9 % (+8,0)

Grüne: 12,4 % (+6,0)

SSW: 4,3 % (+0,8)

Linke: 6,0 % (+5,5)

Andere: 5,5 % (+1,7)

Sitze:

CDU 30, FDP 13 – zusammen 43

SPD 23, Grüne 11, Linke 5, SSW 3 – zusammen 42

Wahlbeteiligung: 74% (2005: 66%)

Landtagswahl Brandenburg: Regierung aus SPD und CDU oder SPD und LINKE

SPD 33,0 % (+ 1,1)

Linke 27,2 % (- 0,8)

CDU 19,9 % (+ 0,5)

FDP 7,1 % (+ 4,0)

Grüne 5,4 % (+ 1,8)

Sitze: SPD 31, Die Linke 26, CDU 19, FDP 7, Grüne 5

Wahlbeteiligung: 68% (2004: 56%)

Erstmals seit 1994 brachten die Wahlen wieder eine „schwarz-gelbe“ Mehrheit bei den Zweitstimmen gegenüber den (drei) anderen Parteien (48,4% zu 45,6%). 11 Jahre sozialdemokratische Regierungsbeteiligung endet. Im 17. Deutschen Bundestag verfügen Union und FDP über eine deutliche Mehrheit von 332 der 622 Abgeordneten. Getragen wird dieser Wechsel von der Schwäche der SPD und der Stärke der FDP.

Darüber hinaus erbrachte die 17. Bundestagswahl vom 27. September 2009 in vielerlei Hinsicht historisch zu nennende Ergebnisse:

- Die **Wahlbeteiligung** ist gegenüber der letzten Bundestagswahl erneut zurückgegangen. Insgesamt nahmen 70,8 Prozent der 62.132.442 Wahlberechtigten an der Abstimmung teil. Damit verringert sich das Beteiligungsniveau um 6,8 Prozentpunkte gegenüber 2005 (77,7 Prozent). Das niedrigste in der Geschichte.
- Die **Unionsparteien** erzielten mit 33,8% ihr schlechtestes Ergebnis nach der Wahl 1949.
- Die **SPD** erreichte mit 23,0% nochmals 5,8 Prozentpunkte weniger als bei ihrem bisherigen Tiefpunkt 1953 (28,8%). Die SPD halbiert innerhalb von 10 Jahren (Regierungsbeteiligung) ihren Stimmenanteil.
- Die **FDP** erzielte mit 14,6% ihr bestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik.
- **DIE LINKE** erzielte mit 11,9% ihr bestes Ergebnis und stabilisiert sich auch in den „alten Bundesländern“.
- Auch die **Grünen** erzielten als Oppositionspartei ihr bestes Bundesergebnis mit 10,7%.

2

Die beiden großen Parteien fuhren ihre schlechtesten bzw. zweitschlechtesten Ergebnisse seit 60 Jahren ein. Zusammen kamen sie nur noch auf rund 56 Prozent; bezieht man die Ergebnisse von Union und SPD auf die Wahlberechtigten, dann erreichen beide Volksparteien rund 40% der möglichen Stimmen. Anders gewendet, die NichtwählerInnen stellen die größte Gruppe. Die Union verlor knapp 2 Millionen Stimmen, die SPD rd. 6,2 Millionen. Trotz der Stimmverluste gewann die Union durch die Direktmandate 13 Sitze hinzu, während die SPD ein Drittel ihrer Abgeordneten einbüßte. Das Wahlergebnis zeigt, dass auch die Volkspartei CDU bzw. CSU erhebliche Verluste hinnehmen muss und trotz Kanzlerinnen-Bonus weit unter der ehemals magischen 40-Prozent-Marke bleibt. Hiervon ist insbesondere die Union in den süddeutschen Ländern betroffen.

Im 17. Deutschen Bundestag werden nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis die folgenden Parteien mit den nachstehenden Mandatszahlen (einschließlich Überhangmandate) vertreten sein:

- SPD:	146 Sitze	(2005: 222),	darunter 64 Wahlkreissitze	(2005: 145)
- CDU:	194 Sitze	(2005: 180),	darunter 173 Wahlkreissitze	(2005: 106)
- FDP:	93 Sitze	(2005: 61),	darunter 0 Wahlkreissitze	(2005: 0)
- DIE LINKE:	76 Sitze	(2005: 54),	darunter 16 Wahlkreissitze	(2005: 3)
- GRÜNE:	68 Sitze	(2005: 51),	darunter 1 Wahlkreissitz	(2005: 1)
- CSU:	45 Sitze	(2005: 46),	darunter 45 Wahlkreissitze	(2005: 44)

Die Überhangmandate verteilen sich auf die Parteien nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis wie folgt:

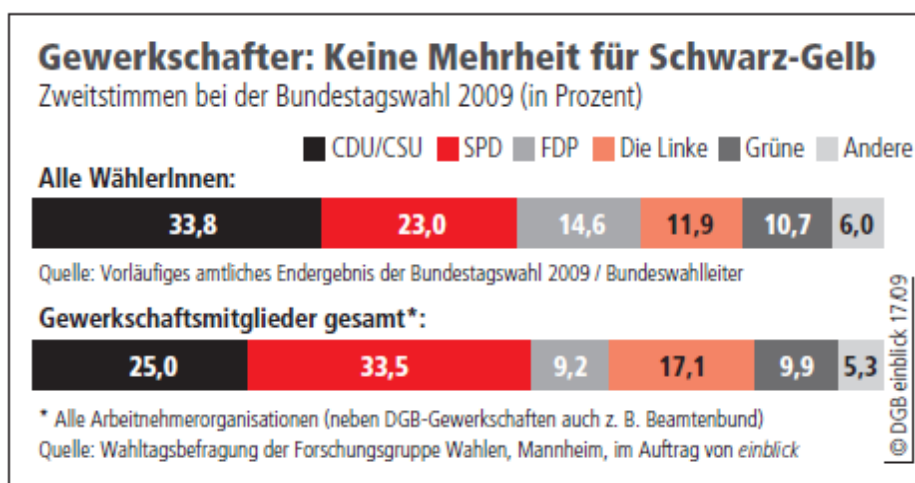
CDU	21 Überhangmandate davon	1	in Schleswig-Holstein
		2	in Mecklenburg-Vorpommern
		4	in Sachsen
		1	in Thüringen
		2	in Rheinland-Pfalz
		10	in Baden-Württemberg
		1	im Saarland
CSU	3 Überhangmandate	3	in Bayern

Überhangmandate für die Union

Positiv für Schwarz-Gelb wirkt sich zudem aus, dass die Union von Überhangmandaten besonders profitiert: Der 17. Deutsche Bundestag wird wegen der 24 Überhangmandate um acht Abgeordnete größer als bisher werden und 622 Abgeordnete umfassen. Alle zusätzlichen Mandate fallen an die Union, wobei die CDU 21 und die CSU drei solcher Mandate erhält. Einen Wermutstropfen für CDU und CSU gibt es aber dennoch: Die CDU fuhr ihr zweitschlechtestes Ergebnis ein, und die CSU in Bayern sackt nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis auf rund 42,6 Prozent ab - so schlecht wie nie zuvor bei einer Bundestagswahl.

3

Das Wahlergebnis der Gewerkschaftsmitglieder:



Im Vergleich zur Bundestagswahl in 2005 zeigt sich folgendes Bild:

CDU/CSU + 2,5%, SPD -13,7%, FDP +3,6%, Grüne +1,5% und DIE LINKE +5,2%.

Wahlergebnisse West - Ost

In den **alten Bundesländern** wird die Union klar stärkste Kraft (34,9 Prozent) vor der SPD (24,2 Prozent). An dritter Stelle liegt die FDP (15,4 Prozent), gefolgt von den Grünen (11,3 Prozent) und der Linken (8,3 Prozent). Die sonstigen Parteien erreichen zusammen 5,9 Prozent. Während FDP (+5,2), Linke (+3,5) und Grüne (+2,7) gegenüber 2005 Anteilsgewinne verbuchen, verliert die Union erkennbar (-2,8), während die SPD (-11,0) massiv einbüßt.

In den **neuen Bundesländern** wird die Union (29,5 Prozent) stärkste Kraft, hier allerdings nur knapp und vor der Linkspartei (26,4 Prozent). Die SPD (18,3 Prozent) wird lediglich drittstärkste Partei. Im Wettbewerb um den vierten Rang liegen in den neuen Bundesländern die Liberalen (11,0 Prozent) vor den Grünen (8,3 Prozent). Die sonstigen Parteien erzielen zusammen 6,5 Prozent. Wähleranteile hinzugewinnen können im Osten Union (+3,9), Linke (+3,1), FDP (+2,7) und Grüne (+2,0), während die SPD (-12,5) ähnlich dramatisch an Rückhalt verliert wie im Westen.

Die **Wahlbeteiligung** liegt in den alten Bundesländern bei 72,2 Prozent, in den neuen bei 65,6 Prozent. Die Beteiligung ist in beiden Landesteilen zurückgegangen, im Osten (-9,1) stärker als im Westen (-6,3).

4

Bundestagswahl, Ergebnisse in den alten Bundesländern in %

	CDU	SPD	FDP	LINKE	Grüne
BaWü	34,4	19,3	18,8	8,3	13,9
Bayern	42,6	16,8	14,7	6,5	8,6
Bremen	23,9	30,3	10,6	14,2	15,4
Hamburg	27,9	27,4	13,2	11,2	15,6
Hessen	32,2	25,6	16,6	8,5	12
Nieders.	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7
NRW	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1
Rheinland-Pf.	35	23,8	16,6	9,4	9,7
Saar	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8
Schleswig-Ho.	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7

Bundestagswahl, Ergebnisse in den neuen Bundesländern in %

	CDU	SPD	FDP	LINKE	Grüne
Berlin	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4
Brandenburg	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1
Mecklenburg-Vorpommern	33,2	16,6	9,8	29	5,5
Sachsen	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7
Sachsen-Anhalt	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1
Thüringen	31,2	17,6	9,8	28,8	6

Wählerwanderungen

Der dramatische Absturz der **SPD** erklärt sich vor allem dadurch, dass 1,64 Millionen ihrer potenziellen Wähler dem Urnengang fern blieben. Des Weiteren spielten die Themen Glaubwürdigkeit sowie Hartz IV und die Rente 67 wohl die entscheidende Rolle. Zudem verlor sie 780.000 an die Linkspartei sowie 620.000 an die Union und 430.000 Stimmen an die FDP.

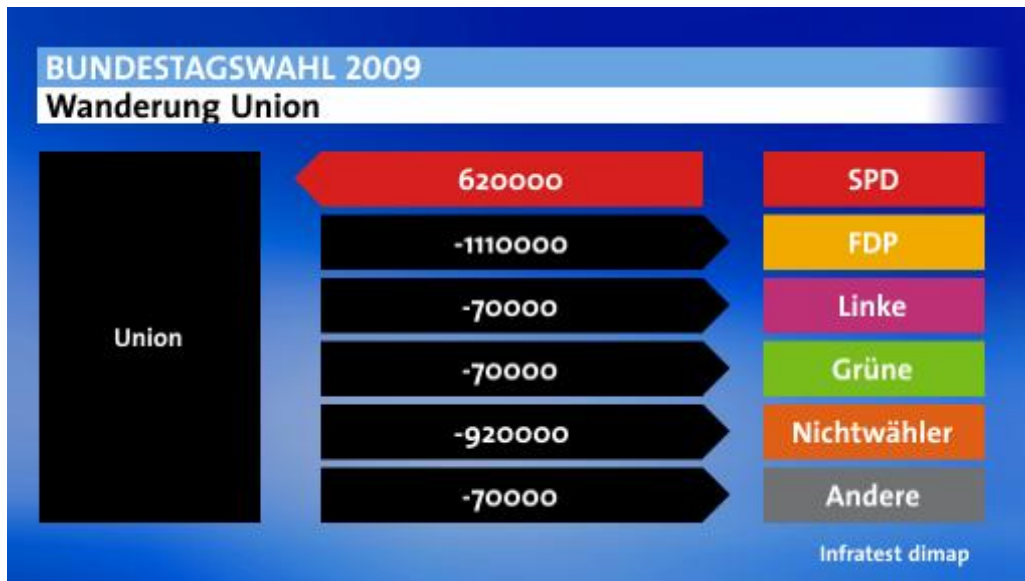


5

Die SPD verliert in allen **Alters- und Bevölkerungsgruppen**. Besonders hoch fallen die Verluste bei Jungwählern (-20 Prozentpunkte) aus. Überdurchschnittliche Einbußen muss sie auch bei Arbeitern, Angestellten und Gewerkschaftsmitgliedern, hinnehmen. Ihre höchsten Stimmenanteile erreicht die SPD dennoch weiterhin bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wo sie die stärkste Kraft bleibt, sowie bei Wählern mit einfacher Schulbildung und Rentnern.

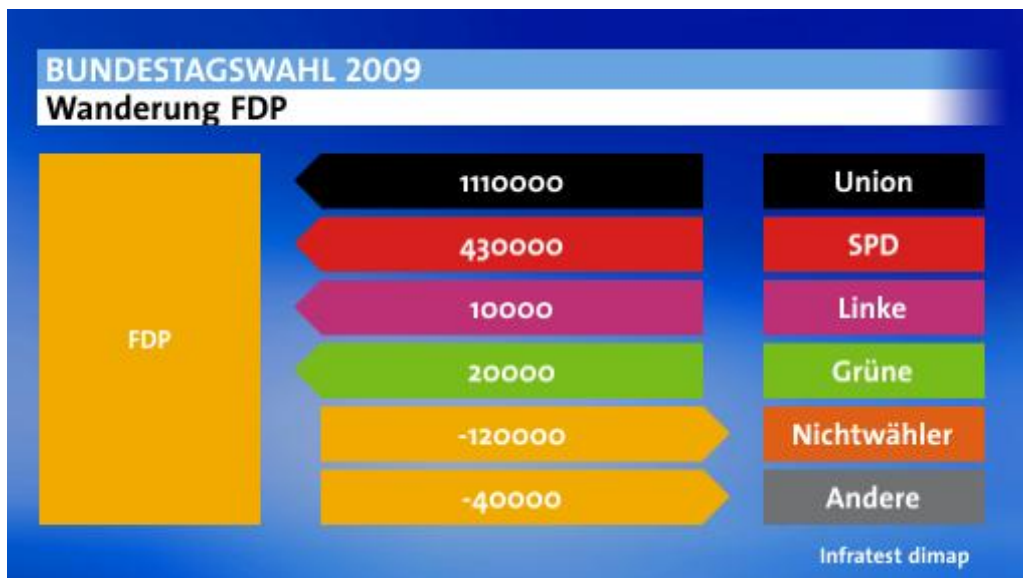


Die **Union** musste ein Minus von 920.000 bei den Nichtwählern hinnehmen sowie 1.110.000 an die FDP abgeben. Dagegen gewann sie 620.000 potenzielle SPD-Wähler hinzu. Zwar hat die Union leichte Verluste hinnehmen müssen, sie bleibt dennoch in allen Altersgruppen eindeutig die stärkste Kraft. Die höchsten Stimmanteile erzielten CDU/CSU bei den über 60jährigen Frauen, den katholischen Wählern und den Rentnern.



Die „Wahlgewinnerin“ **FDP** konnte 1.110.000 Stimmen von der Union auf ihrer Seite verbuchen. Sowie 430.000 von der SPD, 20.000 von den Grünen und selbst 10.000 von der Linkspartei. Wie konnte die FDP als Partei, die für den deregulierte Märkte, freien Wettbewerb, also als „geistige Verursacher“ der Krise, ein so starkes Ergebnis einfahren? Folgende Erklärungsmuster bieten die Analysten unter anderem:

Viele CDU-WählerInnen wollten mit ihrer Stimme für die FDP eine große Koalition verhindern. Viele WählerInnen wollten schlicht und ergreifen aus unterschiedlichen Motiven, dass die FDP jetzt mal ran muss (auch bei SPD-, Grüne- und Linke-AnhängerInnen). Die FDP hat mit dem Thema mehr „Netto vom Brutto“ viele Wählerschichten angesprochen. Sie erschienen wohl des Weiteren als überaus glaubwürdig durch ihr Verhalten gegenüber möglichen Koalitionen mit Rot-Grün (auch in Hessen). Und zu guter Letzt wurde der FDP eine hohe Wirtschaftskompetenz zugesprochen. In Krisenzeiten, in denen die Angst vor Firmenpleiten und Arbeitsplatzverlusten umgeht, ein Pfund.



70.000 sowie 710.000 Stimmen von Union bzw. SPD konnten die **Grünen** hinzugewinnen, mussten jedoch 20.000 an die FDP und 110.000 Stimmen an die Linkspartei abgeben. Die Grünen haben in Krisenzeiten den sozial-ökologischen Umbau des Lebens und Wirtschaftens glaubwürdig vertreten und profitierten wohl auch von ihrer Oppositionsrolle in Zeiten einer großen Koalition.



8

Von der desolaten Lage der SPD profitierte besonders **DIE LINKE** und wird bei den Arbeitslosen die stärkste Kraft – vor den Sozialdemokraten. Sie ist die einzige der fünf Parteien, die keine Wählerwanderung in Richtung NichtwählerInnen zu verzeichnen hat. Ihr ist es gelungen sich auch in den westlichen (bevölkerungsreichen) Bundesländern zu stabilisieren.



Wahlverhalten nach Altersgruppen

CDU/ CSU und SPD verlieren in allen Altersgruppen, die drei kleinen Parteien gewinnen in allen Altersgruppen. Die CDU liegt in allen Altersgruppen vorne. Sie ist wiederholt bei den über 60jährigen am stärksten (43 Prozent). Generell gilt: Je höher das Alter, desto besser das Ergebnis für die CDU. Überdurchschnittliche Verluste von drei Prozentpunkten musste die CDU bei den 45- bis 49-jährigen hinnehmen. Die SPD erleidet sehr hohe Verluste in den jüngeren Altersgruppen (minus 20 und minus 16 Prozent bei den 18- bis 24-jährigen bzw. 25-bis 34-jährigen), was dazu führt, dass sie ihr bestes Ergebnis mit 27 Prozent ebenfalls bei den über 60-jährigen erzielt, ihr schlechtestes bei den jüngsten Wählern mit 18 Prozent. Bei der Wahl 2005 hatte die SPD in der Altersgruppe der jüngsten Wähler die mit Abstand meisten Stimmen erlangt (38 Prozent, CDU 26 Prozent).

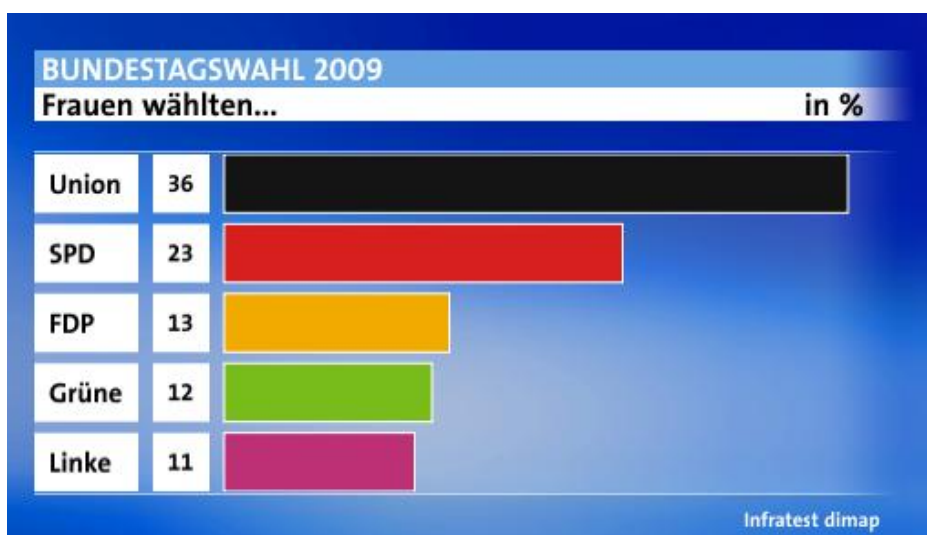
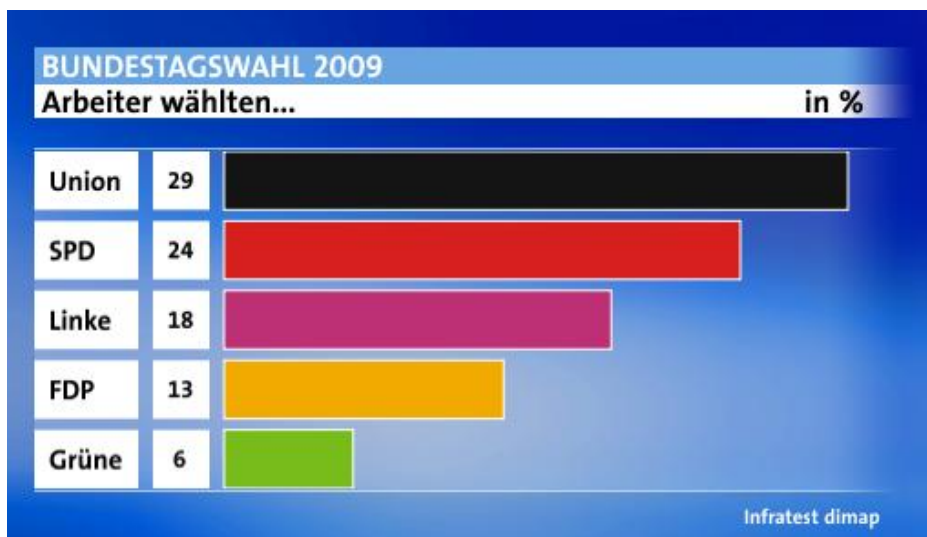
2009 liegt nun die CDU mit 25 Prozent vorne. Zu dem schlechten SPD-Ergebnis bei jüngeren hat auch der Erfolg der Piraten-Partei beigetragen. Sie erreichten bei männlichen Erstwählern 13 Prozent der Stimmen. Splittet man die Betrachtung nach Geschlecht auf, zeigt sich, dass die SPD bei den jungen Frauen von den Grünen überholt worden ist (SPD 18 Prozent, Grüne 19 Prozent). Bei den jungen Männern liegen SPD und FDP mit 17 Prozent gleichauf. Ihre höchsten Zuwächse erzielt die FDP bei den 35- bis 44-jährigen, ihr bestes Ergebnis nach Altersgruppen erzielt sie mit 21 Prozent bei den 25- bis 34-jährigen Männern. Deutlich unterdurchschnittlich wurde die FDP nur noch von ganz jungen Frauen und Frauen über 60 gewählt.

Die Linkspartei erzielt ihr bestes Ergebnis bei den 45- bis 49-jährigen mit 15 Prozent. Sie erzielt in allen Altersgruppen (auch nach Männern und Frauen getrennt betrachtet) durchschnittliche Zuwächse von drei bis vier Prozent. FDP und Linkspartei sind die altershomogensten Parteien, sie verzeichnen geringere Abweichungen zwischen den Ergebnissen Altersgruppen als die anderen Parteien. Die Grünen haben überdurchschnittlich bei den jüngeren Wählern zugelegt. Sie erzielen in allen Altersgruppen überdurchschnittlich Ergebnisse von 12 bis 16 Prozent – nur bei den über 60-jährigen nicht (fünf Prozent). Diese größte aller Wählergruppen (nach Alter betrachtet) drückt das grüne Ergebnis auf insgesamt elf Prozent.

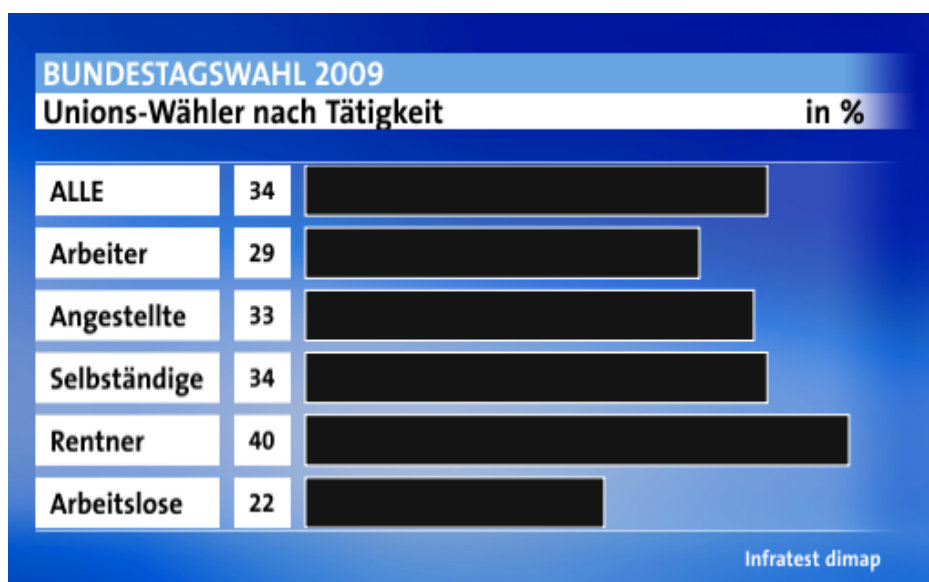


Wählerverhalten nach Tätigkeit und „Gruppen“

Die großen Parteien verlieren in allen Gruppen (Ausnahme: Union bei Angestellten plus ein Prozentpunkt), die kleinen gewinnen überall hinzu (Ausnahme: Linke bei Selbstständigen: keine Veränderung). Die CDU liegt abgesehen von den Arbeitslosen in allen Gruppen vorn, ihr bestes Ergebnis erzielt sie mit überdurchschnittlichen 40 Prozent bei den Rentnern. Bei den Arbeitern liegt sie erstmals bei einer Bundestagswahl vorn: vier Punkte vor der SPD. Die SPD liegt in keiner Gruppe mehr vorn (außer Gewerkschaftsmitgliedern). Ihr bestes Ergebnis erzielt sie - analog zu den Altersgruppen - bei den Rentnern (29 Prozent). Die FDP erzielt gewohnheitsgemäß ihr bestes Ergebnis bei den Selbstständigen. Die Linkspartei liegt bei den Arbeitslosen vorne, die SPD hier auf Platz zwei und die Union auf Platz drei. Die Grünen erzielen ihr bestes Ergebnis bei den Beamten (18 Prozent).









Fazit

Die beiden Koalitionsparteien mussten erheblich Federn lassen. Gewonnen haben die drei bisherigen Oppositionsparteien, vor allem die FDP. Was heißt das für zukünftige Wahlen? Werden die einstigen beiden großen Volksparteien weiterhin schrumpfen?

Fest steht: Die **SPD** konnte die Erosion ihres Stammklientels nicht stoppen. Sie hat jetzt die Chance für einen Neuanfang, der gleichbedeutend ist mit einer Zäsur von fast 11 Jahren Regierungspolitik. Daran knüpfen sich Fragen an, wie zum Beispiel: (1) was ist der programmatische Kern der Partei, (2) wie wird die strategische Strecke bis zur NRW-Wahl 2010 und bis zur nächsten Bundestagswahl ausgestaltet, (3) steht das neue Führungspersonal für Erneuerung und werden die Spitzen von den Mitgliedern getragen oder gar direkt gewählt („mehr Demokratie wagen“), (4) gewinnt die Partei an Glaubwürdigkeit, (5) welche Bündnis- und Machtperspektiven ergeben sich künftig.....Unklar ist bislang, wie sich die SPD-Granden in den Bundesländern Thüringen, Brandenburg und Saarland verhalten werden.

Was heißt das Ergebnis für **CDU**? Sie hat Stimmen verloren und einen stärker als erwarteten Juniorpartner „gewonnen“. Wird der pragmatische „Lernkurs“ der Kanzlerin nun entsozialdemokratisiert? Gewinnen Wirtschaftsflügel und „Gutkatholiken“ wieder Oberwasser? Merkel bekundet, dass sie Kanzlerin aller Deutschen sei und an Gesundheitsfonds und Mindestlohnregelungen (soziale Themen) festgehalten werde. Kommen die sozialen Einschnitte erst nach der NRW-Wahl im Mai 2010?

Fest steht auch: Eine neoliberale Partei kann sich nach Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise – also dem „Desaster“ des Neoliberalismus – als großer Wahlsieger feiern. Die FDP hat mit einfachen Mitteln und alten Parolen „mehr Markt“ und „weniger Steuern-mehr Netto“ ihren größten Erfolg an den Wahlen abholen können.

Die LINKE konnte sich bundesweit stabilisieren.

Die Wahl hat auf dramatische Weise die Schwäche fortschrittlicher Politik in der Bundesrepublik offengelegt. Bedrohlich ist zugleich die wachsende Politikverdrossenheit und -distanz, die sich in der niedrigen Wahlbeteiligung niederschlägt. Auch wenn die „Rechten“ nicht profitieren konnten.

Die Situation bei den Wählern unter 30 Jahren ist bemerkenswert. Hier hat die FDP sogar 17 Prozent, die SPD kommt ebenfalls nur auf 17 Prozent und die Grünen erreichen 15 Prozent. Die Parteipräferenzen unterscheiden sich in dieser Wählergruppe deutlich vom Gesamtergebnis. Die traditionelle Dominanz des „linken Lagers“ scheint nicht mehr gegeben zu sein.

Wichtig ist es jetzt, den anstehenden Koalitionsvertrag kritisch zu begleiten – vor allem in Hinblick auf Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung, Steuergerechtigkeit (Verteilungsfrage), die Ausgestaltung der öffentlichen Dienstleistungen, ein soziales und ökologisches Leben und Wirtschaften, eine vernünftige Balance zwischen Export und Binnennachfrage und die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Und selbstverständlich interessiert die Menschen, wer zahlt die Zeche in der Krise, und wie können die Ursachen der Krise -Umverteilung, internationale Ungleichgewichte und Deregulierung- vermieden werden?

So viel Lächeln wie das Wunschergebnis der neuen Koalitionspartner hervorgerufen hat, soviel Ernst wird in den sicherlich nicht einfachen Koalitionsverhandlungen im Spiel sein. Denn es gibt einigen Dissens zwischen Union und FDP aufzulösen: So lehnen die Liberalen eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte ab und fordern als nunmehr klassische Anti-Etatisten-Partei nicht nur einen Rückzug des Staates aus angeschlagenen Banken, sondern vor allem aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Feldern. So fordern sie bspw. die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit und eine weitere Deregulierung des Kündigungsschutzes. Beides lehnt die Union ab.

Zudem wird die FDP ihr Wahlversprechen, nämlich eine deutliche Steuersenkung, in Anbetracht der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgerufenen immensen Staatsverschuldung, kaum durchsetzen können.

Anmerkungen zu Landtagswahlen, Bundesratsmehrheiten und die nächsten Wahlen

Brandenburg

Die Wahlbeteiligung ist bei der Landtagswahl in Brandenburg aufgrund der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl auf 67,5 Prozent gestiegen. Bei der letzten Landtagswahl 2004 betrug sie nur 56,4 Prozent. Der Landtag verändert sich deutlich: Die DVU verschwindet von der politischen Bühne, stattdessen ziehen Grüne und FDP in den Landtag ein.

Die SPD hat in Brandenburg zum fünften Mal in Folge die Landtagswahl gewonnen. Sie konnte ihr Ergebnis um 1,1 Prozent auf 33 Prozent steigern. Sie zieht mit 31 Sitzen in den Brandenburger Landtag ein. Spitzenkandidat und Ministerpräsident Platzeck bleibt im Amt und kann sich den Koalitionspartner aussuchen: Entweder die zweitplatzierte Linke oder - wie bisher - die drittplatzierte CDU.

Die Linkspartei liegt mit 27,2 Prozent auf Platz zwei hinter der SPD. Sie verliert als einzige der im Landtag vertretenen Parteien (minus 0,8 Prozentpunkte). Sie zieht mit 26 Abgeordneten in den Landtag ein. Die Union legt leicht zu (plus 0,4 Prozent) und landet mit 19,8 Prozent wieder auf dem dritten Platz. Sie erhält 19 Sitze. Die FDP landet mit +3,9 Prozent auf Platz drei. Sie verzeichnet in Brandenburg die stärksten Zuwächse und zieht mit sieben Abgeordneten in den Landtag ein. Fünfte Partei werden die Grünen mit 5,6 Prozent und Zuwächsen von 2 Prozentpunkten. Sie erhalten fünf Abgeordnetensitze.

Im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl in Brandenburg fällt das Ergebnis unterschiedlich aus. Dies ist zum einen mit der umgekehrten Entwicklung der Wahlbeteiligung zu begründen (Zunahme bei Landtagswahlen, aber Abnahme bei Bundestagswahlen), zum anderen in der hohen Zufriedenheit mit der Landesregierung in Brandenburg. Bei den Bundestagswahlen liegt die Linkspartei in Brandenburg vorne. Die SPD landet nur auf Platz zwei hinter der Linkspartei. Bei der Bundestagswahl verliert die SPD (minus 10,7 Prozentpunkte), die Linkspartei legt hingegen zu (plus 1,9 Prozentpunkte). Auch die CDU kann in Brandenburg bei der Bundestagswahl um drei Prozentpunkte zulegen; das entspricht dem guten Ergebnis der CDU in Ostdeutschland.

Schleswig-Holstein

Die Wahlbeteiligung ist bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein trotz der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl nur leicht auf 73,8 Prozent gestiegen (2005: 73,5 Prozent). Wie 2005 wird die CDU trotz massiver Verluste von minus 8,2 Prozentpunkten stärkste Partei mit 31,5 Prozent. Sie gewinnt 34 von 40 Wahlkreisen und gewinnt damit die letztlich entscheidenden Überhangmandate.

Die SPD erleidet noch höhere Verluste und landet mit minus 13,3 Prozentpunkten auf Platz zwei bei 25,4 Prozent. Die FDP erzielt 14,9 Prozent, ein Plus von 8,3 Prozentpunkten, und landet an dritter Stelle. Die Grünen kommen wie 2005 auf Platz vier mit Zuwächsen von 6,2 Prozentpunkten. Sie erreichen 12,4 Prozent. Die Linke zieht mit sechs Prozent erstmals in den Kieler Landtag ein. Sie erreichte 2005 nur 0,8 Prozent. Weiterhin zieht der Südschleswigsche Wählerverband mit vier Sitzen in den Landtag ein. Auch er konnte leicht zulegen.

CDU und FDP erreichen zwar rund 27.000 Stimmen weniger als die anderen vier Landtagsparteien, erhalten aber nach vorläufigen Berechnungen eine Mehrheit der Sitze im Landtag. Dies kommt durch die landesspezifische Regelung der Überhangmandate zu Stande, die nur zum Teil ausgeglichen werden.

Bundesrat

Die Sitzverteilung im Bundesrat hat sich nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Brandenburg durch den Sieg von Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein zugunsten der neuen Bundesregierung aus Union und FDP verschoben. Sie ‚verfügt‘ bei einer schwarz-gelben Mehrheit in Schleswig-Holstein über die Mehrheit der Stimmen des Bundesrates (37 von 69). Die Koalitionsbildung in Thüringen, im Saarland und in Brandenburg kann daran nichts mehr ändern.

Die nächste Landtagswahl findet am 9. Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen statt. Dann werden die sechs Bundesratssitze von Nordrhein-Westfalen neu besetzt.

Frühjahr 2011 Landtagswahl Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Bremen Landtags- und Kommunalwahl, Hessen Kommunalwahl

Herbst 2011 Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahl, Berlin Landtags- und Kommunalwahl, Niedersachsen Kommunalwahl

Koalitionsverhandlungen Union-FDP

- Die Koalitionsverhandlungen werden nächste Woche beginnen und vsl. Ende Oktober abgeschlossen sein.
- Konsenspunkte zwischen Union und FDP sind u.a.
 - Steuersenkungen
 - kein einheitlicher, gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn
 - wirtschaftspolitische Grundausrichtung
- Konfliktpunkte dürften folgende Themen darstellen
 - Balance in der sozialen Marktwirtschaft zwischen dem Schaffen von Jobs und Arbeitnehmerrechten erhalten (Merkel)
 - Mindestlöhne: Merkel hat sich zu Entscheidungen der großen Koalition bezüglich Branchenlösungen bekannt
 - Gesundheitspolitik: FDP immer gegen den Fonds ausgesprochen, aber für weitgehende Privatisierung
 - Rente: FDP für flexibles Renteneintrittsalter aber ebenfalls für weitgehende Privatisierung
 - Arbeitnehmerrechte: Merkel hat eindeutig betont dass Kündigungsschutz bleiben soll, dass es keine Notwendigkeit für betriebliche Bündnisse gibt und auch dass Mitbestimmung sich bewährt hat
 - Bürgerrechte/Datenschutz

Einzelne Forderungen aus dem FDP-Wahlprogramm mit besonderer Relevanz für Gewerkschaften

Arbeitsrecht

- Betriebsräte erst ab 20 Beschäftigte zulassen sowie ein Wahlquorum von 50 Prozent für die Wahl vorsehen.
- Freigestellte Betriebsräte erst ab 500 Beschäftigte zulassen.
- Ehrenkodex für Betriebsräte entwickeln, entsprechend dem Corporate-Governance-Kodex. Betriebsversammlungen sollen das Recht erhalten, „die Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an die einzelnen Betriebsratsmitglieder zu verlangen“.
- Kündigungsschutz erst ab 20 Beschäftigten und nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer greifen lassen. Wahl zwischen Kündigungsschutz und Abfindung schon bei Einstellung zulassen.
- Befristungen vereinfachen: ein Verbot wiederholter befristeter Beschäftigung vor Ablauf von drei Monaten sei ausreichend.
- „Vergabefremde Kriterien“ bei der öffentlichen Vergabe abschaffen.
- Paritätische Mitbestimmung abschaffen und durch Drittelmitbestimmung ersetzen.
- Aufsichtsräte verkleinern auf maximal 12 Mitglieder.
- Günstigkeitsprinzip neu definieren: „Günstiger in diesem Sinne können auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit sein, wenn dies den Erhalt des Arbeitsplatzes sichert oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht und der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter dem zugestimmt haben.“

Soziales

- Beiträge zur Krankenversicherung vom Einkommen abkoppeln (faktisch: Kopfpauschale einführen; der „soziale Ausgleich“ gehöre ins Steuersystem)
- Bundesagentur für Arbeit auflösen, ersetzen durch eine „schlanke“ Agentur für Versicherungsleistungen, einen zentralen Knowhow- und Daten-Pool sowie dezentrale, kommunal gelenkte Jobcenter.
- Mindestlöhne ablehnen (in diesem Kontext fällt das einzige Mal der Begriff „Tarifautonomie“).
- Bürgergeld einführen, das alle Leistungen von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld, Kinderzuschlag pauschaliert (z. Z. laut FDP 626 Euro).
- Einkommensgrenze für Minijobs von 400 auf 600 Euro anheben. Volle SV-Beiträge erst ab 1.000 Euro.
- Recht auf freie Wahl des Renteneintritts ab 60 Jahre, wenn die erworbenen Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über Grundsicherungsniveau liegen.
- Alle Altersgrenzen für Arbeit im Alter aufheben. Alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug aufheben.
- Portabilität von betrieblicher Altersvorsorge verbessern.
- Unfallversicherung: Arbeitsunfälle sollen nicht mehr über die Berufsgenossenschaften versichert sein, sondern bei privaten Versicherungsunternehmen. Wegeunfälle können, müssen aber nicht von den Arbeitgebern versichert werden.

Finanzen

- „Der Staat hat kein Einnahmenproblem, er hat ein Ausgabenproblem.“
- Senkungen bei der Einkommensteuer (Grundfreibetrag von 8.004 Euro für jede Person; 10/25/35 Prozent Steuersatz, 35 Prozent Spitzensteuersatz soll ab 50.000 Euro Jahreseinkommen greifen; Steuertarif alle zwei Jahre im Hinblick auf die kalte Progression überprüfen und anpassen).
- Prinzipielles Neuverschuldungsverbot für Bund, Länder und Gemeinden (also nicht einmal die nach Schuldenbremse der großen Koalition möglichen 0,35 Prozent Neuverschuldung). Neue Schulden „nur in Notlagen zu verantworten“.
- Unternehmensteuern re-reformieren (Zinsschranke, Erweiterung der Bemessungsgrundlage und anderes wieder abschaffen; degressive AfA und Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter bis 1000 Euro wieder einführen).
- KfW wieder auf ein „reines Förderinstitut“ zurückführen.

Wirtschaft, Energie, Verkehr

- AKW-Laufzeiten verlängern.
- Transportgesellschaften der Bahn privatisieren.
- Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Energie (7 statt 19 Prozent).
- Emissionshandel auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten.

Bildung

- Berufsbildung modularisieren (Grundmodule, Kernmodule, Spezialmodule; keine Aussage im Programm, ob nur die Grundmodule für alle verbindlich sein sollten; keine Aussage dazu, ob die Modularisierung sich auf die Dauer der Ausbildungsgänge auswirken soll).
- Elternrechte bei der Schul- und Kitawahl stärken (Bildungs- und Betreuungsgutscheine einführen, Schuleinzugsbereiche abschaffen).

Finanzmärkte, Finanzkrise, Internationale Wirtschaft

- WTO-Verhandlungen abschließen, mit dem Ziel Protektionismus abzubauen bzw. zu verhindern.

- Bankenaufsicht bei der Bundesbank vereinheitlichen.
- Rolle der Hauptversammlung und Gesamt-Aufsichtsräte bei der Gestaltung der Vorstandsvergütung stärken.
- Managerhaftung verschärfen.
- Bundesregierung soll einen Re-Privatisierungsrat einsetzen, der die Rückabwicklung der jetzt in der Krise eingegangenen Staatsbeteiligungen vorbereitet.
- Verbraucherschutz für Finanzdienstleistungen verbessern.



21

